

Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volksrecht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 3/4, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühren Nr. 772a.

Insertionsgebühren betragen für die einseitige Zeitspaltel oder deren Raum 20 Pfennige, für Bereinigungs- und Veranlagungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 10 Uhr zu der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 279.

Mittwoch, den 29. November 1899.

10. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Der Schutz der Koalitionsfreiheit.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Sicherung des Koalitionsrechtes betreffend, hat im bürgerlichen Lager durchaus unfreundliche Aufnahme gefunden. Das die Schatzmacherorgane toben, ist einfach selbstverständlich. Nicht sonderlich bemerkenswert ist auch die ablehnende Haltung anderer mehr rechtsstehender Blätter. Die ultramontanen Organe hüllen sich zumeist ganz in Schweigen. Sehr interessant aber ist es, daß auch die freisinnigen Blätter mit wenigen Ausnahmen ihrer Abneigung gegen diesen Gesetzentwurf mehr oder weniger offen Ausdruck geben. Allen voran ging Herr Eugen Richter, der in der „Freis. Ztg.“ folgendermaßen gegen die beantragte Sicherung des Koalitionsrechtes auftrifft:

„Der Antrag will, abgesehen von der Ausdehnung der Koalitionsfreiheit auf alle Berufsstände, das geltende Ausnahmestück des § 153 der Gewerbeordnung aufheben und zugleich ein anderes Ausnahmestück gegenüber dem allgemein geltenden Versammlungs-, Vereins- und Versammlungsbuchrecht zu Gunsten der Vereinigungen zur Einwirkung auf Arbeitsverhältnisse herbeiführen. Abgesehen von dem Inhalt der Anträge im einzelnen würde die Erörterung derselben die eben erst begründete Zuchtvorsorge wieder aufleben lassen, weil auch die Strafen derselben nicht verhindert werden könnten, alle einschlagenden Bestimmungen aus der Zuchtvorsorge wieder einzubringen, sei es als Abänderungsanträge zu den sozialdemokratischen Anträgen, sei es als selbstständige Anträge bei der Gewerbenovelle zu den §§ 152 und 153.“

Treffend antwortete darauf der „Vorwärts“:

„Bisher waren wir der Meinung, daß die freisinnige Volkspartei für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht einträte. Jetzt, da wir die besonderen und harten Ausnahmestimmungen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter nach über die sonstigen, dem Vereins- und Versammlungsweisen aller Staatsbürger zugemuteten Unfreiheiten hinaus einengen, beseitigen wollen, bezeichnet die „Freis. Ztg.“ die Herstellung der Gleichberechtigung als „Ausnahmestück“. Um ihren Verger über unsere, allerdings einen Prüfstein der bürgerlichen Koalitionsrechtsfreundlichkeit darstellenden Anträge zu verbergen, erfindet die „Freis. Ztg.“ die ungeschickteste aller Ausreden: es könne bei Gelegenheit der Beratung unserer Anträge die eben erst begründete Zuchtvorsorge wieder aufleben. Wenn die Möglichkeit reaktionärer Anträge die freisinnige Fraktion hindert, freisinnige Forderungen auf die Tagesordnung des Reichstages zu bringen, so sind wir neugierig, zu erfahren, wie sich die „Freis. Ztg.“ die Aufstellung und Vertretung solcher Forderungen überhaupt vorstellt.“

Auch andere freisinnige und demokratische Organe sprechen sich gegen den Gesetzentwurf oder doch gegen die Einbringung desselben im gegenwärtigen Moment aus, mit Ausnahme der Berliner „Volkszeitung“, die den Entwurf billigt und bemerkt:

„Wir bedauern nur, daß die Anträge nicht von freisinniger Seite eingebracht sind. Sie würden dem Freisinn keine Unehre machen und den Glauben festigen, daß es ihm mit der Sicherung und dem Ausbau des Koalitionsrechtes ernst ist. Tatsächlich bilden die Anträge einen Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Behauptungen, daß es den liberalen Parteien um den Schutz und den Ausbau der Koalitionsfreiheit ernstlich ankomme. Hic Rhodus, hic salta! So sagen wir, wie bei einer früheren Gelegenheit, so auch jetzt wieder. Möge der Liberalismus diesmal die Probe bestehen!“

Das ist freilich ein freisinniger weiser Rat. Die „Breslauer Zeitung“ tadelt die sozialdemokratische Demonstration entschieden. Daß es sich nur um eine Demonstration handle, will das Blatt merkwürdiger Weise daraus ersehen, daß die Anträge mit der Gewerbeordnung verflochten seien. Die Sozialdemokraten suchen, nach der „Breslauer Zeitung“, wohl nur eine Gelegenheit, die Parteien, die ihnen geholfen

haben, die Zuchtvorsorge von der Bildfläche verschwinden zu lassen, auszuspülen und sich selbst vor der Arbeiterchaft mit einem neuen Glorienschein zu umgeben.“ Einer ernsthaften Widerlegung bedarf diese Inflation so wenig, wie die weitere, daß die Sozialdemokraten ihre Anträge einbringen, damit sie abgelehnt werden. Dann können sie ja vor die Arbeiter hintreten und sich brüsten: Seht ihr nun, daß nur wir es mit dem Koalitionsrecht aufrichtig meinen, daß ihr von den anderen Parteien nichts zu erwarten habt!“

Auch die „Frankfurter Zeitung“ geht gegen unseren Fraktionsantrag scharf vor. Sie sagt u. A.:

„Dagegen, daß die Sozialdemokratie überhaupt eine solche Demonstration unternimmt, möchten wir nichts einwenden, aber auch eine Demonstration muß Maß und Ziel haben, sie darf nicht so beschaffen sein, daß sie auch bei weitgehendem Entgegenkommen Anstoß erregt. Das aber ist bei dem sozialdemokratischen Entwurf der Fall. Gemäß, er enthält vieles Gute, und wir wünschen sehr, daß dies schon Gesetz wäre. So wäre es z. B. bringen nötig, den lässlichen Arbeitern das Koalitionsrecht zu geben, das ihnen noch immer auf Grund vorfindlicher Gesetze vorenthalten wird zum Nutzen der Großgrundbesitzer. Andererseits aber ist z. B. der vorgeschlagene § 107a des Strafgesetzbuchs ein arger Mißgriff. Man ist die ganze Sache freilich nicht — die Sozialdemokratie hat schon früher ähnliche Dinge beantragt, aber man hätte annehmen können, daß sie auf der Zuchtvorsorge und dem, was drum und dran ist, erkannt habe, wie gefährlich es ist, mit derlei Sachen zu operieren. Es ist freilich schämlich, wenn Arbeitgeber Arbeiter entlassen, weil diese an einer Koalition sich beteiligen und ein Schuß dagegen ist nötig. Aber wir meinen, die Arbeiter sollten sich wohl hüten, zu diesem Zwecke etwas anderes zu verlangen, als volle Koalitionsfreiheit. Wenn Unternehmer dafür bestraft werden sollen, daß sie Arbeiter wegen Beteiligung an Koalitionen entlassen, dann muß mindestens auch bestimmt werden, daß Arbeiter zu bestrafen sind, die von ihren Arbeitgebern fordern, daß sie gewisse Arbeiter entlassen. Wer jenes verlangt, darf dieses nicht negieren.“

Es trifft ganz das Rechte, wenn der „Vorwärts“ demgegenüber sagt, daß unsere Anträge endlich gar nicht die Bestrafung von Arbeitgebern verlangen, wenn sie Arbeiter wegen der Beteiligung an Koalitionen entlassen, sondern sich nur gegen das infame Mittel der Schwarzen-Liste-Koalition wenden. Und dann wäre doch die entsprechende Handlung bei den Arbeitern, welche die gerechtigkeitsliebende „Frankf. Ztg.“ auch geandert wissen will, nicht die Forderung, Arbeiter zu entlassen, sondern vielmehr die Zumutung, daß Unternehmer deswegen gesperrt werden, weil sie sich untereinander koalieren. Wir hätten gar nichts dagegen, wenn auch diese den schwarzen Listen parallele Handlungsweise der Arbeiter unter Strafe gestellt würde; wir haben es unterlassen, weil die Arbeiter niemals daran gedacht haben, und niemals daran denken werden, gegen Unternehmer deshalb vorzugehen, weil sie einer Koalition angehören. Wenn die „Frankf. Ztg.“ aber so peinlich auf formale Gleichheit sieht, so mag sie ja getrost diese unseres Erachtens überflüssige Parallelbestimmung hinzufügen.

Oben so falsch sind die Ausstellungen — nur diese beiden Punkte berührt die „Frankf. Ztg.“ — an unserem § 152 b, der fordert, daß Geldsammlungen, Verteilung von Druckschriften u. zu Koalitionszwecken nicht als grober Unfug erachtet werden dürfen. — Die „Frankf. Ztg.“ findet diese Bestimmung „einseitig einmal deshalb, weil zwar diese Handlungen an sich keinen groben Unfug darstellen, aber durch die Art ihrer Ausübung dazu werden können, zum andermal darum, weil die Angelegenheit des groben Unfugs in diese Materie überhaupt nicht hineingehört und hier zu Gunsten einer Kategorie von Handlungen eine Ausnahme gemacht wird.“ Unser Antrag richtet sich bekanntlich namentlich gegen die

Anlegung, die jene Handlungen zu Koalitionszwecken, an sich, in ihrer bloßen Ausübung, als groben Unfug ansieht. Wenn bei Gelegenheit dieser Handlungen außerdem grober Unfug verübt wird, so bleibt der natürlich auch auf Grund unseres Antrages strafbar. Die „Frankf. Ztg.“ könnte höchstens den Einwand erheben, daß wir nicht weit genug gegangen sind und den Groben-Unfug-Paragrafen nicht überhaupt aufzuheben suchten. Das war aber in diesem Zusammenhang nicht möglich und so mußten wir uns damit begnügen, wenigstens einigen groben Unfug, der mit dem Groben-Unfug-Paragrafen gelübt werden kann, zu beseitigen. Das sollte das Blatt doch freudig begrüßen.

Die Einwendungen bürgerlicher Organe freisinniger Obervanz sind also ganz unberechtigt. Sie gehen offenbar nicht aus einer besonders starken Begeisterung für das unbeschränkte Koalitionsrecht der Arbeiter hervor.

„Freisinnige“ Jämmerlichkeit!

Bei den Stichwahlen der dritten Abteilung der Berliner Stadtverordnetenwahlen siegte der Antisemit Ulrich gegen den Sozialdemokraten Glöckle nur deshalb, weil fast sämtliche freisinnige Wähler für Ersteren stimmten. Diese Jämmerlichkeit kann nicht besser charakterisiert werden, als durch die Äußerungen einiger noch wirklich freisinniger Organe. So schreibt die „Breslauer Morgenzeitung“:

„Der Sieg des Antisemiten Ulrich ist lediglich den Aberraten zur Last zu legen. Wahrlich, erhebt sich das Schamspiel nicht, das die Freisinnigen der Reichshauptstadt den Parteigenossen im Lande bieten, und die „Kreuztg.“ kommt, so kurz nach Pirna, schon wieder in die Lage, die Freisinnigen loben zu können. Herr! des Aufstrebens ganzer Jammers soßt uns an, wenn wir im „Vorwärts“ lesen, daß mit Ausnahme von 24 Mann ohne Unterschied ob Jubel oder Schriß für den Antisemiten votierten.“ Doch genug, uns eket!“

Die Berliner „Volkszeitung“ sagt: „Am gestrigen Tage hat der Berliner Freisinn, das muß, sofern die Wahrscheinlichkeit noch irgend etwas in der Politik zu bedeuten haben soll, ohne Floskeln gesagt werden, einen neuen Selbsterniedrigungs-Akt vollzogen. Die Parteileitung mag nach ihrer bisherigen Haltung und Taktik gleich den freisinnigen Wählern des Antisemitismus in Abzick die geistige Niederlage des Sozialdemokraten für einen großen Sieg des Liberalismus halten; politische Vorkommnisse dieser Art aber haben niemals eine bloße lokale und Augenblickswirkung; sie wirken in die Ferne und in die Zukunft hinein. Der Freisinn, der dem Antisemitismus Schleppe dienste leistet, arbeitet der Sozialdemokratie nicht entgegen, sondern in die Hände; sich selbst aber fügt er den größten Schaden zu. Zwischen der vorletzten und letzten Reichstagswahl hat die freisinnige Volkspartei, weil nichts mehr gelingt, 150,000 Stimmen verloren. In zehn Jahren wird sie, wenn das so fort geht, nichts mehr zu verlieren haben. Bis dahin wird indes — das ist das Dauernde in dem Wechsel — mit bekannter Unentwegtheit, „Vollheit“ und „Ganzheit“ geschimpft werden auf diejenigen, welche auf die Gründe des Niederganges der Partei immer wieder mahnend und warnend hinweisen. Denn so schwach und elend, Frank und siech die Partei bisher unter der glücklichen Führung ihrer erblühten Parteileitung geworden sein mag, im Beschimpfen der unglücklichen Wähler und Warner leistet man in der Region der fraktionellen Schwärzerei-Pächter immer noch das Stärkste. Ein trauriger Ruhm! Herzliches Weileid denen, die an diesem mageren Knochen nagen!“

Das ist hart, aber durchaus berechtigt. Schade nur, daß solche aufrichtig freisinnige Leute in der freisinnigen Partei nur sehr spärlich vertreten sind!

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola. Deutsch von Kurt Baake.

Sie fühlte das lebhafteste Verlangen, die Narbe mit dem Finger zu berühren, sich zu vergewissern, daß sie ihn geschmet habe, und daß er ihr von nun an gehöre. Aber Rougon faßte ihre Handgelenke und setzte sie sanft auf den Lebersteffel.

„Lassen Sie uns plaudern, ja?“ sagte er. „Wir sind doch zwei gute Kameraden. Wie? Das meinen Sie doch auch? — Wohl! Seit vorgestern habe ich viel nachgedacht. Die ganze Zeit über habe ich nur an Sie gedacht. — Ich stelle mir vor, daß wir verheiratet wären, daß wir seit drei Monaten zusammen lebten. Wissen Sie, bei welcher Beschäftigung ich uns beide da sah?“

Sie erwiderte nichts. Trotz ihrer Sicherheit war sie ein wenig verlegen.

„Ich sah uns beide am Kamin. Sie hatten die Schaufel ergriffen, ich mich der Feuerzange bemächtigt, und wir schlugen uns tot!“

Das Bild erschien ihr komisch, daß sie sich zurücklehnen und herzlich lachen mußte.

„Sagen Sie nicht, es ist mein voller Ernst“, fuhr er fort. „Es lohnt sich wirklich nicht, daß wir die Gemeinschaft des Lebens mit einander theilen wollen, wenn wir uns tobtöslagen. Es würde so kommen, das ist meine tiefste Ueberzeugung. Erst Dhringen, dann Scheidung. — Denken Sie sich: nie soll man zwei willensstarke Menschen mit einander zu veranigen suchen.“

Sie war sehr ernst geworden. „Also?“ fragte sie.

„Also, denke ich, wir thun sehr klug daran, wenn wir uns die Hand reichen und einander treue Freundschaft wahren.“

Sie erwiderte nichts, sondern sah ihn nur mit ihren großen schwarzen Augen starr in die seinigen. Eine drohende Falte zerschnitt ihre Stirn, die Stirn einer beleidigten Göttin. Ihre Lippen bebten leise, als stammelte sie Worte schweigender Betrachtung.

„Erlauben Sie?“ sagte sie.

Damit rückte sie ihren Sessel vor den Schreibtisch und begann, ihre Briefe zu falten. Sie benutzte, wie die Behörden, große, graue Briefumschläge, die sie sorgfältig versiegelte. Sie hatte eine Kerze angezündet und sah zu, wie der Siegelack brannte. Rougon wartete ruhig, bis sie fertig war.

„Und deshalb sind Sie gekommen?“ fragte sie endlich, ohne ihre Beschäftigung zu unterbrechen.

Jetzt antwortete er nicht. Er wollte ihr Gesicht sehen. Als sie sich endlich entschloß, sich mit ihrem Sessel wieder umzuwenden, lächelte er ihr zu und suchte ihr in die Augen zu blicken; dann küßte er ihr die Hand, als wolle er sie entwasfen. Sie aber bewahrte ihre stolze Kälte.

„Ich habe Ihnen schon mitgeteilt“, sagte er, „daß ich für einen meiner Freunde Ihre Hand erbittet.“

Er hielt ihr eine lange Rede. Er liebe sie viel mehr als sie glaube; er liebe sie vor allem wegen ihrer Intelligenz und Willenskraft. Es werde ihm sehr schwer, auf ihren Besitz zu verzichten; aber er opfere seine Leidenschaft ihrem und seinem Glücke. Er wolle, daß sie eine Königin in ihrem Hause sei. Er möchte sie als Frau eines reichen Mannes sehen, den sie nach Belieben lenken könnte. Sie würde herrschen und ihre Persönlichkeit nicht aufzugeben brauchen. Wäre das nicht viel besser, als wenn sie beide ihre Kräfte im Kampfe mit einander lähmen würden. Sie seien doch zwei Menschen, die sich offen die Wahrheit sagen könnten. Er nannte sie schließlich sein Kind. Sie sei seine böse Tochter, ein Mädchen, dessen Namen er nicht hören wolle.

freue; sie in ärztlichen Verhältnissen zu sehen, würde ihn wahrhaft betrüben.

„Ist das alles?“ fragte sie, als er schwieg.

Sie hatte ihn mit größter Aufmerksamkeit angehört. Nach einer Pause blickte sie zu ihm auf und fuhr fort:

„Wenn Sie mich bloß verheirathen wollen, um mich dann zu besitzen, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Rechnung ohne den Wirth gemacht hätte. . . . Nie habe ich gesagt.“

„Was fällt Ihnen nur ein!“ rief er und erröthete leicht. Er huschte, ergriff ein Papiermesser, das auf dem Schreibtische lag, und untersuchte seinen Griff, nur damit Glorinde seine Verlegenheit nicht bemerke. Sie kümmernte sich aber gar nicht um ihn, sondern dachte nach.

„Und wer ist der Gatte?“ flüsterte sie.

„Erathen Sie es nicht?“

Zum erstenmale zuckte wieder ein schwaches Lächeln über ihr Gesicht, sie trummelte mit den Fingern auf dem Schreibtische und zuckte die Achseln. Sie mußte sehr gut, wen er im Auge hatte.

„Er ist so dumm“, sagte sie endlich halbbar.

Rougon verteidigte Deleflang. Er sei ein Mann, wie es sich gehöre; sie könne, was sie nur wolle, aus ihm machen. Er verpflichte sich übrigens auch, ihr und ihm mit seinem ganzen Einflusse zu dienen, wenn er wieder zur Macht gelangte. Deleflang sei vielleicht nicht hervorragend intelligent, aber er würde seinen Platz unter allen Umständen ausfüllen.

„Oh, er entspricht dem Vorausam, das gebe ich Ihnen“, sagte sie mit aufrichtiger Belächter.

Wieder nach einer Pause fuhr sie fort:

„Mein Gott, ich sage nicht nein, Sie haben vielleicht Recht. . . Herr Deleflang mißfällt mir nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

gelehrt dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben ist, zu fordern, daß den Angestellten innerhalb der übigen angemessenen Sitzgelegenheit gewährt wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Pauli-Pöschel (wildf.) erklärt sich für eine Mindestlohn von 10 Stunden und gegen die Unterschreibung von Orten über und unter 20,000.

Abg. Dr. Hise (Centr.): Die Mitglieder, die Abg. Rosenow geschilbert hat, kommen nur in einzelnen Großstädten vor und geben kein Bild von den wirklichen Zuständen im Handelsbetriebe. Mit solchen sozialpolitischen Neuerungen muß langsam vorgegangen werden. Ich halte den Vorschlag nicht für ein so gewichtiges Bedenken, gegen geltend gemacht wurden. Die elfstündige Minimalarbeitszeit läßt sich in großen Städten viel leichter durchführen als in kleinen. Ich glaube nicht, daß durch diese Unterschreibung der Zubruch des kaufmännischen Personals nach den größtstädtischen Geschäften vermehrt werden würde. Eine feste Mittagspause haben wir nur für die außerhalb des Hauses wohnenden Geschäfte vorgeschrieben. In das patriarchalische Verhältnis zwischen den Prinzipalen, in deren Hause die Geschäfte speisen und ihren Angestellten haben wir nicht durch das Gesetz eingreifen wollen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Herr Rosenow erwidert ich: im „Königreich Saarabien“ haben die Handlungsgehilfen achtfundige Arbeitszeit und zweistündige Mittagspause. Ich beantrage, die Bestimmungen über die Mittagspause zu streichen, weil in vielen kleinen Geschäften eine bestimmte Zeit nicht innegehalten werden kann. Bei stillem Geschäftsgang werden die Angestellten aber häufig 2 bis 3 Stunden nichts zu thun haben. Eine zu große Ausdehnung der Mittagspause würde in vielen Fällen nur die Verlängerung der Geschäftszeit bewirken. Gracatell bin ich bereit, der im Antrag befohlenen enthaltenen Überverkürzung der Regierungsverträge auf Befehlung einer einständigen Minimal-Mittagspause zuzustimmen.

Abg. Bargmann (fr. Sp.): Wir halten eine elfstündige Minimalarbeitszeit für notwendig und durchführbar. Obwohl die Kommissionsbeschlüsse nicht auf allen Gebieten eine glückliche Lösung darstellen, wollen wir doch für sie stimmen, da sie den ersten Versuch darstellen, auf diesem Gebiete regeln einzugreifen. Neben beantragt, die Bestimmung zu streichen, nach welcher nur in Gemeinden von über 20,000 Einwohnern die Arbeiter 11 Stunden betragen soll und dies genehmigt einzuführen.

Abg. Salsch (kons.) ist den Sozialdemokraten für ihre Anregung dankbar, den Angestellten Sitzgelegenheit zu verschaffen, und erklärt die Zustimmung der Konservativen zu dem diesbezüglichen Antrage.

Abg. Jacobskötter (kons.): Die Bestimmungen, welche die Kommission vorschlägt, sind gerade zur Schöpfung der kleinen Prinzipale geeignet. Sind die Angestellten der großen Geschäfte besser geschützt, so wird kaum noch ein Vater seinen Sohn als Lehrling in ein kleines Geschäft geben. Die Mittagsruhe läßt sich unmöglich über ganz Deutschland einheitlich regeln. Ich traue den Herren Sozialdemokraten das Wohlwollen gegenüber den Angestellten zu, wie sämtlichen Mitgliedern des Hauses, aber ich muß doch sagen, ihr Antrag ist wesentlich agitatorischer Natur. Für die Angestellten der großen Geschäfte, etwa der Friedrichstraße hier, mag er passen, aber nicht für die kleineren Geschäfte.

Abg. Hilde-Deffau (wildf.): Herr Jacobskötter hat unrecht, wenn er glaubt, daß die Mitglieder nur in den Geschäften der großen Städte vorkommen. Wenn ich dem sozialdemokratischen Antrage nicht zustimme, so geschieht es aus dem Grunde, weil wir nicht so schnell, sondern langsam und allmählich vorgehen wollen. Neben tritt für den Antrag Bargmann ein und beantragt seinerseits Streichung der Bestimmung, daß die Gemeindebehörden die Mittagspause verlängern oder einkürzen können.

Abg. Rosenow (Soz.): Der Staatssekretär hat uns wegen unserer Gesetzkunst gelehrt. Wir haben allerdings nicht so viel Zeit wie die Regierung, die zu diesem Gesetze 6 Jahre gebraucht hat, aber wie der Reichskanzler, der sein Versprechen auf Aufhebung des Verbindungsverbot der Vereine noch immer nicht einlösen konnte. Das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform, das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform,

Abg. Rosenow (Soz.): Der Staatssekretär hat uns wegen unserer Gesetzkunst gelehrt. Wir haben allerdings nicht so viel Zeit wie die Regierung, die zu diesem Gesetze 6 Jahre gebraucht hat, aber wie der Reichskanzler, der sein Versprechen auf Aufhebung des Verbindungsverbot der Vereine noch immer nicht einlösen konnte. Das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform, das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform,

Abg. Rosenow (Soz.): Der Staatssekretär hat uns wegen unserer Gesetzkunst gelehrt. Wir haben allerdings nicht so viel Zeit wie die Regierung, die zu diesem Gesetze 6 Jahre gebraucht hat, aber wie der Reichskanzler, der sein Versprechen auf Aufhebung des Verbindungsverbot der Vereine noch immer nicht einlösen konnte. Das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform, das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform,

Abg. Rosenow (Soz.): Der Staatssekretär hat uns wegen unserer Gesetzkunst gelehrt. Wir haben allerdings nicht so viel Zeit wie die Regierung, die zu diesem Gesetze 6 Jahre gebraucht hat, aber wie der Reichskanzler, der sein Versprechen auf Aufhebung des Verbindungsverbot der Vereine noch immer nicht einlösen konnte. Das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform, das Wort „Mischelische Kraftmenschen“ hätte der Staatssekretär besser auf die Unternehmer angewendet, die alle anderen Interessen ihrer Profitier nachstellen. Das bismarckische Sozialreform, das wir haben, ist uns zu verdanken. Jeder der Reichssozialreform,

Schluss 6 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Gewerndawaken. In Osterwied a. S. eroberten unsere Genossen wieder zwei Stadtverordnetenplätze, so daß ihnen jetzt vier von den fünf Sitzen der dritten Abteilung gehören.

Die Sozialdemokraten waren schlauer! Die „Wollwacht“ berichtet: „Bei einer kürzlich in Oberschönwalde bei Berlin abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung war den Einberufern die vorgeschriebene politische Bescheinigung für die in dem Lokale“ des Restaurateurs, um zwei Uhr Nachmittags abzuhaltenen Versammlung erteilt, gleichzeitig aber war, wie uns mitgeteilt wird, dem Restaurateur aus politischen Gründen unter sagt worden, seinen „großen Saal“ vor drei Uhr Nachmittags zu einer Versammlung herzugeben. Als die Genossen zur Überwachung der Versammlung vor drei Uhr sich einfanden, war der große Saal nach geschlossen, und erst einige Zeit nach drei Uhr begaben sich zahlreiche Anwesende in den Saal. Als nun dort die Versammelten verhandeln wollten, erklärte ein Genosse, daß seit der angegebenen Stunde (zwei Uhr) mehr als eine Stunde Zeit verfließen sei und die Versammlung daher nicht stattfinden könne! Der Vorsitzende aber theilte dem Versammlung, daß die Versammlung bereits um 2 1/2 Uhr in einem Nebenraum des Lokals eröffnet, aber alsbald auf eine Stunde verlegt worden sei, nun aber fortgesetzt werden sollte, worauf die Versammlung weiter tagte.“

Aus aller Welt.

Religiöser Wahnsinn. Aus der Veröhnungsgemeinde im Norden Berlins wird der traurige Fall gemeldet, daß eine alte Frau in Folge des Besuches von Heiltsamer-Versammlungen gewaltthätig geworden ist und sich aus dem Fenster gestürzt hat.

Wegen Unterdrückung wurde der Direktor der Berliner Bergbau- und Hüttenwerke von dem Reichsgericht zum Rücktritt gezwungen. Die Summe über liegt nach der bisherigen Nachforschung schon 100,000 Mark.

Unter dem Verdacht, schwerer fittlicher Vergewaltigung schuldig zu sein, ist ein Mitglied der Berliner Arbeitervereine verhaftet worden. Die Summe über liegt nach der bisherigen Nachforschung schon 100,000 Mark.

Unter dem Verdacht, schwerer fittlicher Vergewaltigung schuldig zu sein, ist ein Mitglied der Berliner Arbeitervereine verhaftet worden. Die Summe über liegt nach der bisherigen Nachforschung schon 100,000 Mark.

Lokales und Provinzielles.

Dreslau, den 29. November 1899.

* Eine erfreuliche Folge des Leipziger Straßenbahnerausstandes haben die jüngsten Tage gebracht. Die Direktion der Leipziger Elektrischen Straßenbahn berief am letzten Freitag eine aus fünf Personen bestehende Kommission zu sich, der auch drei ausständig gewesene Straßenbahner angehörten. Der Kommission wurde, wie die „Leipz. Volksztg.“ mittheilt, eröffnet:

- 1. Daß der neue Dienstplan fertig sei, wonach die tägliche Dienstzeit der Angestellten um durchschnittlich eine Stunde verkürzt würde;
2. daß jeder achte Tag als Ruhetag gelte und zwar so, daß nicht wie früher die Angestellten an ihren freien Tagen zum Dienste herangezogen werden könnten. Jeder achte freie Tag falle auf einen Sonntag;
3. die Gehaltsfrage werde wie folgt geregelt:

Table with 3 columns: Dienstzeit, Führer, Schaffner. Rows: Anfangsgehalt pro Monat (80 Mk., 70 Mk.), Nach 1-jähriger Dienstzeit (90, 75), 2-jähriger Dienstzeit (95, 80), 3-jähriger Dienstzeit (100, 85).

Weiter steigt das Gehalt von 3 zu 3 Jahren um je 5 Mark pro Monat, für die Führer bis zum Höchstgehalt von 120 Mk., für die Schaffner bis zum Höchstgehalt von 105 Mk. Der Höchstgehalt wird also für beide Kategorien nach 18-jähriger Dienstzeit erreicht. Diese Regelung tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft und erhält infolgedessen rückwirkende Geltung, als die bereits zurückgelegte Dienstzeit Anrechnung findet.

4. Es wird aus den Reihen der Angestellten eine ständige Kommission gebildet, über deren Kompetenzen noch nähere Bestimmungen zu treffen ist.

Ist es auch nicht viel, was durch die neue Regelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse für die Straßenbahner erreicht wird, diese notorisch sehr beschiedene Arbeitergruppe wird sich der Aufbesserung doch freuen. Die Angestellten der elektrischen Straßenbahn in Breslau wären nicht minder froh, wenn sich ihre traurige Lage etwas besser gestaltete. Freilich, bis jetzt haben wir von diesbezüglichen Maßnahmen der Verwaltung noch nichts gehört.

* Die Ausgabe der neuen Briefmarken in den Werthen bis zu 80 Pf. wird pünktlich zu Neujahr erfolgen, falls keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten. Die Reichsdruckerei hofft sogar, noch bis dahin die erforderlichen Vorräthe der Marke zu einer Mark fertig stellen zu können, so daß auch diese gleichzeitig erscheinen wird. Die höheren Werthe zu 2, 3 und 5 Mark werden ausgegeben, sobald die nötigen Vorräthe hergestellt sind. Doch dürfte sich die Ausgabe der 1-Mark-Marke bis zum Juli hinausziehen. Man nimmt an, daß mindestens 100,000 Sammler sich auf die neuen Werthe freuen werden. Nach Maßgabe der Statistik und dem mutmaßlichen Zusatze für die Vermehrung des Bedarfs seit 1898 sind demnach etwa 750 Millionen Werthe, welche ein einmal herzustellen, an Zehn Pfennigmarken allein etwa 100 Millionen.

* Stadt-Theater. In der heute Mittwoch stattfindenden Aufführung der Platonischen Oper „Alexandra Strabella“ singt Herr Würthele die Titelrolle. Den Abend beschließt das Steinmann'sche Ballet „Abendessen im Bremer Rathskeller“. Morgen Donnerstag gelangt Meyerbeers große Oper „Die Hugenotten“ zur Darstellung.

* Lobe-Theater. Heute Mittwoch wird Herrn Sudermanns „Ginaster-Gyllus“, welcher die Schauspieler „Leja“, „Fritschen“ und „Das ewig Mächtige“ umfasst, wiederholt. Donnerstag gelangt Oskar Walthers und Leo Steins wirkungsvolles Volksstück „Die Herren Söhne“ zum sechsten Male zur Aufführung. Freitag geht das Lustspiel „Als ich wieder kam“ zum 20. Male in Szene. Die Premiere des Max Dreper'schen Dramas „Der Probenfandbat“ findet Sonnabend, den 2. Dezember, statt.

* Thalia-Theater. Heute Mittwoch findet das letzte Gastspiel des italienischen Verwandlungs-Schauspielers Signor G. Bernardi in Verbindung mit der Aufführung des Emil Bösch'schen Lustspiels „Die Schulkreiterin“ statt. — Donnerstag wird als fünfte Vorstellung für die Gruppe D Max Halbes Liebesdrama „Jugend“ aufgeführt. — Die Ausgabe der Abonnements für die Volksvorstellungen G. H. und I findet heute Mittwoch, von 10 bis 2 Uhr, im Vestibüle des Lobetheaters statt.

* Zusammenstoß. Am 25. d. Mts., Nachmittags, stießen auf der Graupenstraße bei der Parkstraße ein Motorwagen mit einem Rollwagen so heftig zusammen, daß der Motorwagen aus dem Gleis gehoben wurde.

* Unglücksfall. Ein im Sichenhause auf der Obingstraße wohnender Tischler stieg am 25. d. Mts., Vormittags, auf der Sichenhausestraße rückwärts von einem Sommerwagen der Elektrischen Straßenbahn ab und stürzte zu Boden. Da er sich nicht mehr fortbewegen konnte, wurde er mittels Droßke dem Sichenhause zugeführt.

* Einbruchdiebstahl. Am 27. d. Mts. drang ein Dieb während der Mittagsstunde mit Hilfe eines Nachschlüssels in das Bureau eines Rechtsanwalts und erbrach mit einem Stemmeisen eine Schublade, aus welcher er 200 bis 300 Mk. entwendete.

* Verhaftung. Ein Arbeiter Karl Raich, welcher Niedergang 23 gewohnt hat, ist mit grauem Anzug, schwarzen Hut und Gamasen gefesselt.

* Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 27. d. M. 30 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: 109 Mk., eine Uhr, zwei Taschen, ein Gefäßbuch, ein Armband, ein Tuch, zehn Regenjacken, ein Buch, Kirchengelänge, eine Kette und Gardinenstoff. — Abhandelt kamen: Kraxaten-nadeln, ein Armband, gelb. M. S., ein Fiestel, eine Uhr, eine Kapel, eine Brillant-Droßke und ein Portemonnaie mit 278 Mark. — Verloren wurde am 23. d. Mts. ein Wechsel über 81 Mark, welcher am 10. d. Mts. fällig war.

Eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend tagte am Sonntag Nachmittags im Kosrowitz'schen Saale. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Schütz einen volkswirtschaftlichen Vortrag. Unter Benutzung eines sehr umfangreichen, mit großem Fleiß zusammengestellten Referenmaterials, gab der Vortragende ein anschauliches Bild über die finanztechnische Seite der kapitalistischen Produktionsweise. Die ziemlich gut besuchte Versammlung folgte den Ausführungen des Redners mit sichtlichem Interesse und erntete derselbe am Schluß lebhaften Beifall. Unter Punkt Vereins-Angelegenheiten theilte der Bibliothekar, Genosse Dodel, mit, daß die Bibliothek dringend der Ergänzung bedürfte und hierzu ca. vierzig Mark nötig seien; die Summe wird von der Versammlung auf Antrag des Genossen Seidel auf 50 Mark erhöht. Zum Schluß ergriff der Vorsitzende die Mitglieder in Anbetracht des nahen Schlußes des Geschäftsjahres um baldige Bezahlung der Beiträge.

Verband der Sattler und Tapezierer. In der am Sonnabend stattgefundenen Mitglieder-Versammlung wurde nach einer kurzen Besprechung wiederum über die Angelegenheiten der Sattler und Tapezierer verhandelt. Wie in voriger Versammlung berichtet, hatten zwei Kollegen eine einem hiesigen Sattlermeister von einer Striegauer Fabrik übergebene Arbeit übernommen, um dieselbe in Lebensbeschäftigung zu einem bedeutend billigeren Preise herzustellen, als dies in der genannten Fabrik möglich ist. In der letzten Versammlung konnte nur berichtet werden, daß diese beiden, nachdem ihnen von ihrem Kollegen das Verwerfliche ihres Thuns vor Augen

geführt worden, von der Vorfertigung dieser Arbeit Abstand genommen haben. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Zentralverband der Maurer. Am Sonntag, den 26. November fand im Stabstament „Ballhof“ eine Mitglieder-Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Köhler der verstorbenen Kollegen Langwitz und Treischel; ihr Andenken wurde von der Versammlung durch Erheben von den Plätzen geehrt. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, welche die Revisoren für richtig erklärten; dem Kassierer erteilte man darauf Decharge. Nach der Abrechnung der Kassen wurde der Anschlag an dieselbe warm empfohlen. Die Abrechnung vom Stiftungsfeste ergab einen Ueberschuß von 122 Mk.; es wurde beschlossen das Defizit vom Sommerfeste davon in Abzug zu bringen und 60 Mk. der Familie Durert zu überweisen. Als dann wurde bekannt gegeben, daß uns das Lokal „Volksgarten“ verloren gegangen ist, ebenso kommt es mit dem „Ballhof“. Darum müssen Schritte zur Lösung der Lokalfrage getan werden. Die Versammlung beschloß, vom 1. Dezember pro Woche 10 Pf. Beitrag zum Kassafonds obligatorisch einzuführen. Nach einem Schreiben des Hauptvorstandes betr. Zeitsätze für eine Kohabewegung im Jahre 1900, deren Unterstufungen nur gezahlt werden an diejenigen, welche mindestens 26 Wochen Beiträge entrichtet haben und zwar von der zweiten Woche an. Kollege Krause gab bekannt, daß am Freitag, den 24. November eine Versammlung des Gesellen-Ausschusses mit den Meistern stattfand, in welcher der engere Ausschuß gewählt wurde; als Obmann Karl Krause, als Stellvertreter Josef Köhler, als Schriftführer Richard Schulz. Es kamen ferner in der Sitzung dann mehrere Mittheilungen zur Sprache. Obermeister Härtel erklärte, er sei den Gesellen sehr dankbar dafür, daß sie ihm solche Sachen zur Anzeige bringen, damit die Uebelstände beseitigt werden können. Maurermeister Simon heißt es gut, daß über diejenigen Firmen die Sperre verhängt wird, welche die festgesetzte Arbeitszeit überschreiten. Gesellen, die dadurch arbeitslos würden, näme er jederzeit in Arbeit. Zum Schluß erklärte Obermeister Härtel, daß das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen von jetzt ab nicht mehr so sein soll, wie es früher war. Die Arbeitgeber sind gewillt, zu jeder Zeit mit den Gesellen in Verhandlungen einzutreten, damit Frieden im Gewerbe erhalten bleibe. Die Anwesenden nahmen mit Befriedigung von diesen Mittheilungen Kenntnis. Hierauf schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation.

Freiburg, 28. November. Zum Ausstand der Bildhauer. Seit Sonntag, den 12. November befinden sich 21 Bildhauer bei den vereinigten Uhrenfabriken, Aktiengesellschaft inkl. vormals Gustav Becker, im Ausstande. Die Ursache zum Ausstande waren die vorgekommenen Lohnreduzierungen. Um ihnen fernere Vorzubeugen, wurde von den Bildhauern beschloffen, der Direktion obiger Firma folgende Forderungen zu unterbreiten: Bei allen Arbeiten wird ein allgemeiner Aufschlag von 25 Prozent bei Lohnarbeiten 40 Pf. pro Stunde, bei Ueberstunden 5 Pf. Zuschlag bezahlt. Da die Direktion sämtliche Forderungen sowie Unterhandlungen mit der Kommission ablehnte, beschloffen mit Ausnahme von 6 Arbeitswilligen 21 Bildhauer, in eine Kohabewegung einzutreten. Jetzt wird nun von der betreffenden Firma Alles aufgegeben, um Arbeitswillige heranzuziehen.

Schweidnitz, 27. November. Ertrunken. Am Todensontag, Abends in der achten Stunde, ist, nach dem „Schles. Tagebl.“, die Arbeiterfrau Hilgner aus dem Gerbergraben als Leiche gezogen worden; die Frau hatte, auf einem Bohlenstege stehend, einige Stücke Wäsche in dem Graben gespült. Man nimmt an, daß sie, nach einem fortwährenden Wäscheputzen, das Gleichgewicht verloren habe und kopfüber in das Wasser gefallen und von der Strömung fortgetrieben sei. Der Graben ist etwa einen halben Meter tief. Vor dem Grundstück Nr. 26 der Gerberstraße wurde die Leiche von einem Stege aufgehoben und von Leuten beerdigt.

Striebsberg, 28. Novbr. Eine eigenartige Prügelfaire hat im benachbarten Fischbach und der umliegenden Ortschaften am Fuße der Falkenberge ungeheuer viel Staub aufgewirbelt und nicht wenig böses Blut gemacht. Der „Bot“ aus dem Riefenberge“ theilt darüber Folgendes mit: Seit einigen Wochen weil in Fischbach zum Besuche bei seinem Vater, dem Amtsvorsteher und Hofmarschall von St. Paul-Platte, der augenblicklich beurlaubte Bezirksamtsassessor von St. Paul-Platte aus Langa in Ostpreußen mit Frau, einer geborenen Gräfin Gerstorff, und einem Suchst-Regenpauer. Der Regensjungling, Musa mit Namen, ein junger, kräftiger Burche und Liebling der Dorfbevölkerung, war nun in der letzten Zeit verschiedentlich des Abends über 10 Uhr hinaus von Hause fortgeblieben, wie die Einen sagen, um in der Küche des Leutnant Bog in Gesellschaft seiner weißen Berufskollegen zu speisen oder wie die Anderen behaupten, um einigen Dorfschönen den Hof zu machen. Sei dem wie ihm wolle, Thatsache ist, daß unser ostpreussische Landsmann sich verschiedentlich einen freien Abend gemacht hat und deshalb am Freitagabend bei seiner Rückkehr von der Schwiegereltern und dem Diener des Hofmarschalls empfangen, von der Gattin abhann, wie wir von Herrn von St. Paul selbst erfahren haben, verprügelt und schließlich auf Befehl des Schlossherrn in das in jener Nacht keineswegs überwachte Amtsgewandnis gesperrt wurde. Fischbacher Einwohner und darunter einen künftigen Beamten, die von der schloßherrlichen Einsperrung des Tropentobnes bei in dem finsternen kalten Loch hergilt leid und so wurde hinter dem Rücken des Hofmarschalls wenigstens die Zelle geöffnet. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich anderen Tags die Kunde von der sonderbaren Justiz durch das Dorf und nicht nur auf der Arbeitsstätte und am Dienstage, sondern auch in einem Pamphlete gegen die Tochter des Grafen Gerstorff, das man Freitag morgen an einem Telegraphenpfeiler vor der Post angeheftet fand, machte sich die Entrüstung der Bevölkerung kräftig Luft. Der Respekt vor dem Strafgesetzbuch verbietet, uns auch nur andeutungsweise auf den Inhalt des — natürlich scheinig vom Genannten entnommen — Anschlages einzugehen, wie wir auch aus denselben Gründen von der Veröffentlichung einiger und überhandten Zuschriften absehen müssen. Eine Kritik der ganzen Affaire, über die sich alle Welt schon ihr Urtheil zu bilden vermag, erübrigt sich umso mehr, als die Sache doch wohl noch zur richterlichen Erörterung kommen wird.

Brieg, 28. November. Fluchtversuch. Dieser Tage versuchte ein wegen schwerer Diebstahls intermitter Untersuchungsgefangener aus dem Untersuchungsgefängnis auszubrechen. Mittels eines von einem Klingelzuge abgehrochenen starken Drahtes hatte er bereits die Fenstergittereien durch Ausstemmen der Ziegelstücke hart gelodert. Der Ausbruchversuch wurde wie die „Morgenzeitung“ mittheilt, von einem residenten Beamten bemerkt und dadurch das Vorhaben des Gefangenen vereitelt.

Brieg, 27. November. Familiendrama. Aus der Wohnung des Panoramabesizers Gelsch hiersechst ertönten heute Abend zwei Schüsse. Die herbeieilenden Personen fanden B. auf dem Boden liegend, mit einer schweren Wunde am Kopf vor. Nach dem B. einen Schuß auf seine Frau abgegeben, der glücklicherweise fehl ging, brachte er sich einen Schuß in die rechte Schläfe bei, durch welchen das rechte Auge schwer verletzt wurde. Der Unglückliche gab, wie man der „Briegl. Morgenztg.“ schreibt, nur noch schwache Lebenszeichen von sich. B. scheint in Folge Schwerkrauth über die Nothlage, in der er sich befindet, Hand an sich gelegt zu haben. Seine Bestattung in Paulau war vor wenigen Wochen abgegangen.

Königsbrunn, 27. November. Doppelhehe. Der Bergarbeiter Karl Nischwan wanderte vor mehreren Jahren aus, um in Sachse Arbeit zu suchen. Im Jahre 1895 schloß er in Riesa a. S. mit einem Mädchen Namens Marie Schinura die Ehe; doch schon nach kurzer Zeit verließ er die Angetraute, um in seine Heimat zurückzukehren und im Jahre 1890 in Neu-Charlottenhof sich mit der Witwe Johanna Kollischek aus Baborje zum zweiten Male zu

